

Aktionsgruppe Georg Büchner
www.banknapping.com
ag_georg.buechner@yahoo.de

Die Verursacher und Profiteure der Krise blockieren

Jahrelang strichen Banken und Konzerne Gewinne von 15-20 Prozent ein, ohne daß dieser Reichtum der Gesellschaft zu Gute kam. Dann führte der Banken- und Finanzsektor die Weltwirtschaft an den Rand eines Kreislaufkollapses. Die Krise ist weltweit. Für den größten Teil der Menschheit bedeutet sie schon lange Hunger, Unterdrückung und Krieg. Jetzt ist sie in den Metropolen angekommen.

Weltweit griffen die Regierungen ein und retteten mit Billionen den privaten Banksektor. Allein in Deutschland mit 500 Milliarden Euro.

Nun werden diese Billionen, die im Euroraum zum Überleben von Banken und Konzernen eingesetzt wurden, aus den Lohnabhängigen und Arbeitslosen herausgepresst. In fast allen Euro-Ländern werden Schock- und Verarmungsprogramme beschlossen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will den Staatshaushalt in den nächsten drei Jahren um ca. 80 Milliarden Euro kürzen. 37% der geplanten „Einsparungen“ betreffen den Sozialbereich.

Die Ziele sind völlig klar:
verschärfte Auspressung der Lohnarbeitenden (zB. Rente mit 67, Verkürzung der Übergangszeit bis zum ALG II, Zerschlagung der paritätischen Krankenversicherung),
zusätzliche Einschüchterung der Arbeitslosen (zB. Streichung des Heizkostenzuschusses und des Elterngeldes für ALG II – BezieherInnen),
noch gesteigerte Privatisierung öffentlichen Eigentums – bis hin zum Ausbluten der kommunalen Haushalte.

Es reicht - Aufstand jetzt!

„Wann, wenn nicht jetzt? Wer, wenn nicht wir? Die erste Bürgerpflicht nach Vorlage des schwarz-gelben Spardiktats heißt: Aufstand jetzt! (...) Es richtet sich in aller erster Linie gegen die sozial Schwachen. Die eh am wenigsten haben, sollen am meisten verzichten. Da mögen Merkel und Westerwelle von Fairness und Ausgleich reden, was sie wollen. Fakt ist: Sie lügen. Und noch schlimmer: Sie wissen das.“ (Kommentar der Frankfurter Rundschau, 8.6.2010)

Druck von unten erzeugen

Alle wissen, daß die Parole „Wir zahlen nicht für eure Krise“ längst von der Realität überholt ist. Wenn wir mit diesem kleinsten gemeinsamen Nenner ernst machen wollen, dann müssen wir mehr tun, als mit vielen Menschen auf die Straße zu gehen. Wir müssen die Richtung ändern, wir müssen die Symbolik hinter uns lassen, wir müssen dafür sorgen, dass die Angst die Seite wechselt.

Wir brauchen ein Konzept, das zwischen folgenlosen Demonstrationen und Fantasien vom Generalstreik einen Weg beschreibt und beschreitet.

Unser Vorschlag: eine bundesweite Aktion zivilen Ungehorsams in Form einer Massenblockade, durch die an einem Arbeitstag ein Knotenpunkt der Finanzwelt in Frankfurt am Main lahmgelegt werden soll.

Einladung zur Aktionskonferenz Frankfurt am Main, Studierendenhaus der Johann Wolfgang Goethe- Universität, 21. August 2010, 11 – 22 Uhr

Die Aktionsgruppe Georg Büchner und die hier aufgeführten UnterzeichnerInnen laden für den 21. August zu einer Aktionskonferenz nach Frankfurt am Main ein. Wir wollen den Vorschlag der Aktionsgruppe Georg Büchner diskutieren und praktisch vorbereiten: gemeinsam mit möglichst vielen Initiativen, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen den Aktionsaufruf diskutieren, den Stand der Umsetzung abschätzen und die Einordnung und Verzahnung mit anderen Aktionen im Herbst besprechen. Es gibt viel zu tun – gemeinsam erreichen wir mehr!

Wir werden die Rolle des Finanzsektors für die derzeitige kapitalistische Krise deutlich machen, ohne zu vergessen, dass die gigantische Umverteilung gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben lange vor der „Finanzkrise“ begonnen hat.

Allen Beteiligten ist klar, dass Banken ein großes Rad in dieser Wirtschaftsordnung sind, aber nicht das einzige, an dem gedreht wird. Die immer wieder gemachte Unterscheidung in „skrupellose“ Banker und darunter leidende „verantwortungsvolle“ Unternehmen der „Realwirtschaft“ ist nicht nur irreführend, sie ist vor allem total falsch. Banken fungieren heute mehr denn je als zentrales Ketten- und Steuerungsglied zwischen „Privatwirtschaft“ und „Staatsaufgaben“. Sie sind überall engagiert und involviert: als Designerinnen von »riskanten Finanzprodukten« genau so, wie als Großaktionärinnen von Konzernen. Banken gehören heute zu gefragte Architektinnen von Verarmungsprogrammen. Sie sind fester Bestandteil von politischen Beraterstäben jedweder Regierung, wobei die Frage, wer wen regiert durchaus gestellt werden kann – die „systemrelevanten“ Banken haben sich als die entscheidenden Lobbyistinnen genau der Politik erwiesen, gegen die wir uns wehren wollen.

Der Aktionsaufruf trägt dem besonderen Umstand Rechnung, daß manche Banken mehr als eine private Bank sind, die bei verlustreichen Geschäften eben pleite geht. Uns geht es um sogenannte „systemrelevante“ Banken. Diese Bedeutung haben sie nicht, weil besonders fiese Chefs diese Geschäfte führen. Ihr Systemrelevanz bekommen sie aufgrund struktureller Bedingungen: Sie handeln mit einer Quasi-Staatsgarantie, indem sie die „Liquidität“ dieses Systems garantieren sollen. Sie können demzufolge machen, was sie wollen – sie werden immer gerettet, während sie andere in den Ruin treiben.

Im Wissen um die Unterschiede der Beteiligten wollen wir zusammen, massenhaft und entschlossen die Ebene symbolischen Protests verlassen. Gemeinsam wollen wir mehr erreichen: es wird Zeit, daß sich der Wind dreht und die Angst die Seite wechselt. Wir wollen wirksamen und öffentlichen Druck ausüben, um klarzustellen, dass das regierungsamtliche Rede von einer Krise, zu deren Bewältigung alle beitragen werden, ein dreistes Selbstbereicherungsprogramm, den Versuch, die selbst erwirtschaftete Krise zu einer weiteren Umverteilung von Unten nach Oben zu nutzen, also: einen fortgesetzten Raubzug darstellt.

Für die Aktionskonferenz werden Arbeitsgruppen zu den Themen Krisentheorien, Blockadekonzept, Erkundungen in der Finanzmetropole, Militarisierung, Internationale Kämpfe und Perspektiven über den Tag X hinaus arbeiten. Außerdem ist beabsichtigt, daß wir zu unserer Konferenz AktivistInnen aus anderen Ländern (zB. Griechenland), Künstler, Publizisten und politisch Engagierte aus anderen gesellschaftlichen Bereichen einladen, um mit ihren Beiträgen uns und die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Wir bitten Euch, diesen Aufruf durch Eure Unterschriften zu unterstützen und Euch für unsere Konferenz unter der oben genannten Mailadresse anzumelden.

An unseren Beratungen nahmen zustimmend teil, unseren Aufruf zur Aktionskonferenz unterstützen bisher:D

Einzelpersonen: Recep Akbas (Betriebsrat), Marcel Bathis (Betriebsrat Frankfurter Rundschau), Christoph Ellinghaus (Gewerkschaftssekretär), Klaus Hartmann (Freidenkerverband), Michael Korbmacher (CfS), Michael Kraus (Gewerkschaftssekretär), Sabine Leidig (MdB DIE LINKE), Bodo Ramelow (MdB DIE LINKE Thüringen), Werner Schulten (Parteivorstand DIE LINKE), Dr. Hans Christoph Stoodt (ANK Frankfurt), Katinka Poensgen (Gewerkschaftssekretärin), Thomas Trueten, Ulrich Wilken (MdB DIE LINKE Hessen), Wolf Wetzels, Franziska Wolf (Gewerkschaftssekretärin), Mag Wompe (LabourNet Germany) und andere.

Gruppen und Organisationen: AG Gewerkschaftliche Fragen Marburg, AGIS, Aktionsgruppe für den Aufbau der Dritten Reihe Frankfurt, AKU Wiesbaden, Antifa-KOK Düsseldorf-Neuss, Antifa Odenwald, Anti-Nazi-Koordination Frankfurt, Antifaschistische Linke Berlin, Attac, Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV (DIE LINKE), Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V., ChristInnen für den Sozialismus, DIDF, D.i.s.s.i.d.e.n.t. (Marburg), DGB-Jugend Südhessen, DKP Rheinland-Pfalz, DKP Frankfurt, FAU Frankfurt, FDJ Frankfurt, Interventionistische Linke, IG BAU-Jugend Hessen, internationale sozialistische linke, JungdemokratInnen / Junge Linke, Bundesweites Krisenbündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“, DIE LINKE Hessen, LAG Erwerbslose DIE LINKE Rheinland-Pfalz, DIE LINKE Frankfurt, Linksjugend `solid (Bundesverband), Linkswärts e.V., Marx21, MotorradfahrerInnen ohne Grenzen (Düsseldorf), Neue Rheinische Zeitung, Ordensleute für den Frieden, Pfeffer-Network, Die Linke.SDS, Sozialistische Kooperation, Radio Corax (Halle), Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne und andere.